

isl

## **Ukraine: Volksbewegung und Imperialismen**

*8. Juni 2014*

Diese Resolution ist am 8. Juni 2014 bei einer Einhaltung vom Exekutivbüro der IV. Internationale angenommen worden.

Büro der IV. Internationale

Die sehr teure politische Krise, die die Ukraine seit November 2013 durchmacht, ist durchaus noch nicht zu Ende. In diesem Land ist der Prozess der Bildung einer Nation nach einer sehr langen nationalen (im wesentlichen polnischen und russischen)

Unterstützung nicht abgeschlossen und keineswegs abgeschlossen. Das gilt umso mehr, als das Land / Gebiet des russischen imperialistischen Drucks auf der einen und dem euro-attilischen Mächte auf der anderen Seite geworden und dem gesellschaftlich zersetzenden Charakter des Neoliberalismus ausgesetzt ist

**1. Vom Maidan zur provisorischen Regierung: eine machtvolle Mobilisierung der Bevölkerung**

Die Monate lang (von 22. Februar 2014) haben sich am manchen Tagen Hunderttausende Menschen auf dem Platz („Maidan“) der Unabhängigkeit im Zentrum von Kiew versammelt. Was der Bewegung Ende 2013 ihren Massencharakter verliehen hat, war die Repression gegen die ersten Protestierenden, die pro-europäisch und gegen die russische, die Assoziation mit der EU zu unterstützen, aufrufen, zusammen mit der Ablehnung der Korruption, mit der Hoffnung auf Wohlstand, die insbesondere mit „Europa“ verbunden wurde, auf Demokratie und auf nationale Souveränität.

Wir haben im Februar (in der Reaktion des Internationalen Komitees) die charakteristischen Merkmale dieser Bewegung untersucht: Sie wies „eine Kombination von revolutionären (demokratischen, antihierarchischen, selbstorganisierten) und reaktionären Zügen auf. Verfalls der Oberhand gewinnen, ist nach wie vor eine Frage von politischen und sozialen Kräften. Diese Züge waren eng verbunden mit dem Charakter der gegenwärtigen postsozialistischen ukrainischen Gesellschaft (atomisiert, ohne klare Klassenidentität, Verfall des Bildungswesens und Hegemonie der reaktionären nationalistischen Ideen, kombiniert mit einem legitimen Engagement für rationale Unabhängigkeit und dem dramatischen Erbe des Stalinismus).“

Wir können die Schwächen und Grenzen des Maidan präziser fassen:

- Trotz seiner Dauer sind die hauptsächlich in Erscheinung getretenen Formen der Selbstorganisation begrenzt geblieben; im Wesentlichen handelte es sich um den Bau, die Erhaltung und Verteidigung dieser Rebellencamps und der Baracken mitten im Winter, die Organisation der Vernetzung und der Gesundheitsversorgung. Teams haben Verwaltungsgebäude besetzt, eine Versammlung von Studierenden hat vor allem die Transparenz des Haushalts für das Bildungswesen durchgesetzt. Es wurden „Sotnia“ (Hundertkämpfer) als Teil der Linken in Form von politischen Organisationen kontrolliert, die auf dem Maidan waren.

- Die Bewegung hat sich zu keiner Zeit eine irgendwie gesteuerte „Repräsentation“ gegeben oder Sprechernamen. Das hat ihre Instrumentalisierung durch die politischen Oppositionsparteien erleichtert – darunter die extrem rechte Partei Swoboda –, die zu den „pro-europäischen“ Kräften gerechnet wurden, sie sprachen vor allem im Ausland für den „Euro-Maidan“.

- Die kleinen Gruppen der nationalistischen Extremen (Prawy Sektor usw.), die mit Swoboda identifiziert haben, in der Selbstverhöhnung der Bewegung eine Rolle gespielt. Ihre gewalttätige „Sichtbarkeit“ und ihre Angriffe auf linke AktivistInnen wurden vor allem von den Regierenden- und den russischen Medien und schließlich von den Besatzern des „Anti-Maidan“, die sich zur Linken zählten, herausgestellt, um den gesamten Maidan zu diskreditieren.

- Auch wenn die Bewegung sehr unterschiedlich war und ein Gespräch für soziale Fragen hatte (gegen die Konfiskation der öffentlichen Güter, die Korruption, die Ungleichheit), hat sie keine sozialen Forderungen aufgestellt, sie hat die industrielle Arbeiterklasse und folglich auch die Regionen im Osten und Südosten (mit wenigen Ausnahmen) sehr wenig mobilisiert. Würden Streikaufrufe von unabhängigen Gewerkschaften nicht befolgt, so gilt das auch für die Versuche, ArbeiterInnen gegen den Maidan zu mobilisieren.

- In Anbetracht der anhaltenden Themen (Tötung der EU), der Vorherrschaft der Rechtskräfte und der fascistischen Aggression ist die sehr schwache ukrainische Linke über den Maidan und auf dem Maidan tief gespalten gewesen. Auf der verschiedenen anarchistischen Gruppen hat sich die „Sozialistische Bewegung – Linke Opposition“ dafür entschieden, wegen der demokratischen und sozialen Bestrebungen der Bewegungen gegen den Sturz der rechten und extrem-rechten Ideen dort zu intervenieren.

Dagegen ist die Organisation „Borotta“ (Kampf) außerhalb der Bewegung geblieben und hat sie pauschal als reaktionär verurteilt. Die stark in die oligarchischen Privatisierungen verwickelte Kommunistische Partei der Ukraine, die wegen ihrer Bezeichnung und ihres sozialen Diskurses ein Teil der Linken im Maidan war, hat sich abgesehen von einer Präsidialwahl, die immer weniger unter der Kontrolle seiner eigenen Partei und des Parlamentes stand. Sein Sturz wurde durch die Repression und die Tötung auf dem Maidan beschleunigt. Zur Frage nach der Verantwortung für die Tötung hat die Kiewer Regierung am 25. April den Internationalen Strafgerichtshof angerufen, um die Ereignisse vom 21. November 2013 bis zum 22. Februar 2014 untersuchen zu lassen.

- Insgesamt ist für den Maidan, der sich gegenüber den Parteien stark misstrauisch zeigte als die „orange Revolution“ von 2004, vor allem in den stärker der EU zugewandten Regionen im Westen und in der Mitte des Landes mobilisiert worden; er war zwar Ausdruck von sozialen und demokratischen Bestrebungen, die im ganzen Land vorhanden waren, doch bestand sein „Programm“ einzig im Sturz von Janukowitsch.

**2. Der Sturz von Janukowitsch, ein entscheidender Sieg des Volkes und eine Reorganisation, kein „fascistischer Putsch“**

Der Sturz von Janukowitsch hat zum Zerfall der Partei der Regionen geführt, die unter seiner Präsidentschaft zum Hauptinstrument der Macht der Oligarchie geworden war; ihre Basis befand sich in der Ost-Ukraine, wo die ukrainische Oligarchie sich in den großen Industriebranchen konzentriert hat. Die neue Regierung hat die parlamentarische Präsidialwahl auf demokratische Weise privatisiert worden. Diese Partei verfügte dort aufgrund der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse über eine starke Wahlbasis. Die Implosion der Partei der Regionen sowie die Auflösung der „Berkut“, die

- Sonderereignisse für Repression, haben den ukrainischen Staat geschwächt und ihn um einen bedeutenden Teil seiner Herrschaftsstrukturen gebracht.

Obwohl alle MinisterInnen der neuen Regierung die Zustimmung der Mehrheit auf dem Maidan erhalten mussten, ist die Mobilisierung der Bewegung nach dem Antritt der provisorischen Regierung stark zurückgegangen.

Der Sturz von Janukowitsch bedeutete den Sieg einer quasi-aufständischen Bewegung und kam nicht durch einen „von Westlern unterstützten, fascistischen Putsch“ zustande. Auch wenn Janukowitsch 2010 durch Wahlen, die als legitim anerkannt wurden, im Amt kam, ist er selbst für seinen Untergang verantwortlich. Durch jahrelange oligarchische Bereicherung seiner selbst und seiner Familie, während das Land verarmte, hat er sich tief diskreditiert, auch in seiner Heimatregion, dem Donbas.

Seine unerwartete Niederlage ist ein Beispiel für die Macht der EU im Referendum über das Abkommen mit der EU eintritt, sie hat sich aber durch ihre Zustimmung zu den Gesetzen vom Februar diskreditiert, mit denen sämtliche Organisationen kriminalisiert werden sollten. Sie hat ebenso wie Borotba die These von einer Instrumentalisierung durch die politischen Oppositionsparteien propagiert.

- Insgesamt ist für den Maidan, der sich gegenüber den Parteien stark misstrauisch zeigte als die „orange Revolution“ von 2004, vor allem in den stärker der EU zugewandten Regionen im Westen und in der Mitte des Landes mobilisiert worden; er war zwar Ausdruck von sozialen und demokratischen Bestrebungen, die im ganzen Land vorhanden waren, doch bestand sein „Programm“ einzig im Sturz von Janukowitsch.

**3. Die Annullierung der Präsidentschaftswahl, die Reorganisation der Regierung, die Reorganisation der Regierung, die Reorganisation der Regierung, die Reorganisation der Regierung**

Das Parlament hat nach dem Putsch die Präsidentschaftswahl mit sehr großer Mehrheit für seine Absage gestimmt und die provisorische Regierung ernannt. Dessen Zusammensetzung spiegelt weitgehend den von westlichen Diplomaten unterstützten Kompromiss wieder, der mit Janukowitsch ausgehandelt worden war, bevor er floh. Nachdem der Absetzung von allen „pro-europäischen“ Parteien einschließlich Swoboda ausdrücklich unterstützt wurde, waren die europäischen Regierungen wegen der Exponierung in Verlegenheit. Diese suchten die Unterstützung der Präsidentschaftswahl zu geben (Swoboda hat etwas leiser bezüglich ihres Antisemitismus und der Fälschung der SS-Division „Galizien“), Parallel hierzu entstanden gespannte Beziehungen zwischen dem Innenminister (der vom Parlament aufgedeckt wurde, die privaten Milizen entlassen zu lassen) und dem Prawy Sektor.

Die Regierung ist zwar keine „Nacozal“-Regierung, doch hilft es zu (und ist es nicht unwichtig), dass die extrem rechte Partei Swoboda über mehrere Machtpositionen verfügt: vier Ministerien (bzw. drei, nachdem der Verteidigungsminister, Admiral Ihor Turjusch, dem „Unfähigkeit“ bei der Lenkung der ukrainischen Streitkräfte während der Präsidentschaftswahl abgetreten zu einer Präsidentschaft, die immer weniger unter der Kontrolle seiner eigenen Partei und des Parlamentes stand. Sein Sturz wurde durch die Repression und die Tötung auf dem Maidan beschleunigt. Zur Frage nach der Verantwortung für die Tötung hat die Kiewer Regierung am 25. April den Internationalen Strafgerichtshof angerufen, um die Ereignisse vom 21. November 2013 bis zum 22. Februar 2014 untersuchen zu lassen.

- Diese Formation dominiert die für einige Regionen Oligarchen zu Gouverneuren ernannt und die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verlangten Maßnahmen umgesetzt hat, vor allem eine Erhöhung der Gaspreise (um 50 %), Entziehen der Löhne, Stopp von Einstellungen im öffentlichen Sektor, Kürzung der Renten, Kürzung der Sozialausgaben und Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die erste Maßnahme, die die neue parlamentarische Mehrheit ergriffen hat, nämlich die Widerruf des Sprachengesetzes von 2012 (das von einer Mehrheit von ParlamentarierInnen angenommen und damals als ein Ausdruck der „Präsidialisierung“ des Regimes betrachtet wurde), ist von dem interim-Präsidenten nicht ratifiziert worden. Aber im Kontext der Anpreisung der neuen Macht als „antirussisch“, vor allem vonseiten Moskaus, ist die Wirkung in den russischsprachigen Regionen katastrophal gewesen. Die russische Aggression auf der Krim ließ sich so als eine Antwort auf eine derartige Politik darstellen.

Durch die Wahl vom 25. Mai ist der Oligarch Petro Poroschenko Präsident der Republik geworden. Er erhielt die Stimmen von 54,7 % der WählerInnen, während die Beteiligung bei 60,3 % der Wahlberechtigten lag (diese Zahl ist mit Sicherheit zu hoch). Diese Wahl, die vor dem Hintergrund der Spannungen stattfand, die von sozialen Fragen ablenken, drückt jedoch ein Bestreben der Bevölkerung aus, der Ukraine eine souveräne Repräsentation zu geben. Zugleich bekräftigt sie die grundlegenden politischen Forderungen, die auf dem Maidan zu Ausdruck gekommen sind: eine tiefgreifende Reform der Polizei und des Justizsystems, Kampf gegen die Korruption, Trennung des Großkapitals von den politischen Ämtern. In der modernen Geschichte der Ukraine ist das „Big Business“ nie so stark direkt in die Leitung des Landes eingebunden gewesen, wie es jetzt ist, die in der Forbes-Liste der Reichtmen in der Ukraine oben stehen, bekleiden derzeit hohe Posten in der Exekutive.

**3. Die Annexion der Krim**

Die Krim, deren Bevölkerung zu zwölf Prozenten aus Tataren besteht, die nach ihrer Deportation durch Stalin nach 1991 zurückgekehrt waren, wurde 1954 von Chruschtschow der Ukraine geschenkt. Seit 1993 hatte sie eine Sonderstellung als Autonome Republik innerhalb der unabhängigen Ukraine. Die wichtigste Stadt, Sewastopol, hatte als Marinebasis der russischen Schwarzmeerflotte aufgrund des „Friedens- und Freundschaftsvertrages“ von 1997 ein besonderes Statut. Moskau hatte erreicht, dass Viktor Janukowitsch den Forderungen Russlands zustimmte, dass Sewastopol ein Sonderstatus erhalten sollte, im Gegenzug wurde die Vereinbarung über die Energiepreise und die Schulden, die in Dezember 2013 präzisiert wurden, in Kraft treten. Putin nutzte den Sturz von Janukowitsch aus, um alle diese Vereinbarungen einseitig aufzukündigen und die Krim zu annektieren.

Bei der Abstimmung in der Duma über den Einsatz der russischen Streitkräfte in der Ukraine wurde das Argument der von einem „fascistischen Putsch“ bedrohten „russischen Minderheiten“ vorgebracht. Diese These spielt in der Propaganda eine wesentliche Rolle. Auf den Forderungen für das Referendum, das unter Präsenz des Militärs und unter Ausschuss der ukrainischen Medien stattfand, war die Ukraine mit einem Hakenkreuz markiert.

Moskau erklärte, 97 % derjenigen, die abgestimmt haben, hätten mit ja gestimmt, bei einer Beteiligung von 86 %, diese Zahl ist weit entfernt von denen, die der Rat für die Bürgerrechte und der Menschenrechte bei dem Präsidenten der Russischen Föderation genannt hat: „Nach verschiedenen Quellen haben sich auf der Krim 50 bis 60 % bei einer Beteiligung von 30 bis 50 % für den Beitritt zu Russland gemeldet.“ Es hat eine Abwanderung der Tataren von der Krim eingesetzt, es ist nicht sicher, was ihnen bevorzugen. Am 20. März hat die Republik Krim und die Stadt Sewastopol in die Russische Föderation aufgenommen werden, von der russischen Duma ratifiziert worden. (P)

Putin hat sich als erster Mann an der Spitze einer Großmacht aufgeführt, seine internen KritikerInnen weggedrückt und großbüchsischen Chauvinismus geschmeichelt, der einer Notlage für das gesamte historische „Russland“ huldigt – das Risiko, dass die Ukraine in Flammen aufgehen könnte, vor Augen. Wie schon lange von der stalinistischen Propaganda praktiziert, wird Ukrainer (oder Tataren) mit Nazi (oder Nazifreund) und Russengegner gleichgesetzt. Das Pendant in der ultranationalistischen ukrainischen Propaganda ist „russisch“ gleich „anti-ukrainisch“ oder „kollektivistisch“. Die realen politischen, sozialen und geographischen Konflikte werden überdeckt.

**4. Der „Anti-Maidan“ gegen eine unpopuläre Regierung**

Die Regionen im Osten und Südosten der Ukraine sind auf alle Fälle nicht die Krim. Die Bevölkerung hatte dort 1991 im Gegensatz zur Krim massiv für die Unabhängigkeit der Ukraine gestimmt; und die Umfragen zeigen (bis vor kurzem), dass die Mehrheit trotz des politischen Misstrauens gegenüber ihrem gegenwärtigen Präsidenten – hat sich einer Reorganisation der „Anti-Maidan“-Propaganda gefügt. Es wird behauptet, es handele sich um ein „heues Orakur“ unter dem Schutz eines „Nazi-Staats“ in Kiew. Begleitet wird diese Behauptung noch von der Beschuldigung, man lege eine „inhumane Gleichgültigkeit“ an den Tag, wenn man diese Interpretationen bestreitet.

Der „Anti-Maidan“ hat in der sehr dicht bevölkerten Region nicht zu Massenmobilisierungen geführt, die über eine tausend Protestierende hinausgegangen wären. Schwedisch sind hierzu eindeutig Tausende hinzuzählen, die bei den Referenden vom 11. Mai für die „Volksrepublik“ abstimmten. Diese Tausende sind in der Region im Osten und Südosten der Ukraine zu finden. Das politische Regime von Putin ist nicht attraktiv (selbst wenn er sich als Beschützer darstellt) und infolge der Politik, die in Russland unweit vom Donbas umgesetzt wurden, ist ein großer Teil der Staatseinfälle gestiegen worden, die in der ukrainischen Industrie nach großen Umfragen hat. Doch sorgte die von Kiew betriebene Politik für Beunruhigung, selbst wenn die Arbeitsplätze ebenso durch eine Entregulierung nach Russland gingen in die EU oder durch die Unterdrückung der IWF bewahrt wurden. Wie die Bevölkerung nicht zufrieden ist, ist also ungewiss und die Besorgnisse werden schnell instrumentalisiert.

Die selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk wurden als Missbrauten gegen Kiew aus. Sie sind aber kaum mehr als paramilitärische Apparate; darin mischen sich ehemalige Angehörige des ukrainischen Staatsapparats, Kriminelle aller Art, Militärs, die aus Tschetschenien gekommen sind, Angehörige der russischen Sicherheitsdienste und einfache Ukrainer. Es gibt in einer immer chaotischeren Situation nach Zusammenstößen, die schwer einzuschätzen sind, nichts, was für eine reale Mobilisierung der Bevölkerung förderlich wäre.

Das Drama, das am 2. Mai in Odessa stattfand – als nach einer Aggression gegen eine Demonstration für die „Einheit“ der Ukraine, bei der es vier Tote gab, das Gewerkschaftshaus angezündet wurde, was etwa 40 sogenannten „pro-russischen“ Aktivisten, darunter ein Mitglied von Borotba, in die Flammen überführte – hat eine Reorganisation der „Anti-Maidan“-Propaganda geführt. Es wird behauptet, es handele sich um ein „heues Orakur“ unter dem Schutz eines „Nazi-Staats“ in Kiew. Begleitet wird diese Behauptung noch von der Beschuldigung, man lege eine „inhumane Gleichgültigkeit“ an den Tag, wenn man diese Interpretationen bestreitet.

Der „Anti-Maidan“ hat in der sehr dicht bevölkerten Region nicht zu Massenmobilisierungen geführt, die über eine tausend Protestierende hinausgegangen wären. Schwedisch sind hierzu eindeutig Tausende hinzuzählen, die bei den Referenden vom 11. Mai für die „Volksrepublik“ abstimmten. Diese Tausende sind in der Region im Osten und Südosten der Ukraine zu finden. Das politische Regime von Putin ist nicht attraktiv (selbst wenn er sich als Beschützer darstellt) und infolge der Politik, die in Russland unweit vom Donbas umgesetzt wurden, ist ein großer Teil der Staatseinfälle gestiegen worden, die in der ukrainischen Industrie nach großen Umfragen hat. Doch sorgte die von Kiew betriebene Politik für Beunruhigung, selbst wenn die Arbeitsplätze ebenso durch eine Entregulierung nach Russland gingen in die EU oder durch die Unterdrückung der IWF bewahrt wurden. Wie die Bevölkerung nicht zufrieden ist, ist also ungewiss und die Besorgnisse werden schnell instrumentalisiert.

Die selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk wurden als Missbrauten gegen Kiew aus. Sie sind aber kaum mehr als paramilitärische Apparate; darin mischen sich ehemalige Angehörige des ukrainischen Staatsapparats, Kriminelle aller Art, Militärs, die aus Tschetschenien gekommen sind, Angehörige der russischen Sicherheitsdienste und einfache Ukrainer. Es gibt in einer immer chaotischeren Situation nach Zusammenstößen, die schwer einzuschätzen sind, nichts, was für eine reale Mobilisierung der Bevölkerung förderlich wäre.

**5. Die imperiale Politik von Russland**

Seit 2008 sucht Russland sich durch Nutzung imperialistischer Widersprüche als Großmacht zu behaupten, nachdem es nach 1989 nur noch eine marginale Rolle spielen konnte.

Die Aufspaltung der UdSSR und die Restauration des Kapitalismus in Russland führten in der Jetzt-Phase der 1990er Jahre ihrer zur Ausplünderung des Reichtums, der von oligarchischen quasi-feudalen Lehen, die den Staat kontrollieren, dominiert wurde. Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ist in dieser Phase ohne Kontinuität. Der jetzige russische Staat hat – trotz seines schmutzigen Krieges in Tschetschenien – seine Stärke nach innen und nach außen verloren. Die Aufnahme von Russland in die G8 lässt sich niemandem über sein reales Gewicht hinweg.

Die Aru Putin hatte zunächst in den Jahren nach 2000 die Wiederherstellung eines starken Staates im Inneren als Ergebnis, er gewann die Kontrolle über seine Oligarchen und (nach der Zahlungskrise von 1998) über die Exporte vor allem in den Bereichen Erdgas und Erdöl wieder. Das war von einer „gentlenen Demokratie“ begleitet, bei der den Wahlen und den gebildeten Mittelschichten Grenzen gesteckt sind und Protesten im Widerspruch begegnet wird, während die alten sozialen Schutzmaßnahmen abgebaut wurden. Das Wiedereinstellen eines kräftigen Wachstums, von einer Internationalisierung der wirtschaftlichen und finanziellen Pläne der russischen Oligarchen und mehrfachen Verbuchen von Moskau begleitet, um Russland herum einen stärker als die GUS integrierten „Wirtschaftsraum“ zu schaffen.

Das russische Regime strebt vor allem seit 2011, die mit Weißrussland und Kasachstan gebildete Zollunion (der Armenien sich angeschlossen hat) in ein für 2015 anvisiertes „Eurasien“-Projekt umzuwandeln, das sich auch an Aserbaidschan und die Ukraine sowie Georgien und Moldawien richtet. Es geht darum, diesen Ländern vor allem unter Ausschluss der Gaspreise eine Alternative zu „Westpartnerschaft“ mit der EU anzubieten. Die Herausforderung für Russland besteht in der Konkurrenz zu China und dem westlichen Kapital, es geht aber auch darum, den Versuch, seine „nächsten Nachbarn“ in die euro-attilischen Institutionen (EU und NATO) einzubeziehen, etwas entgegenzusetzen.

Russland nutzt auch die Abhängigkeiten und die „Partnerschaften“, die die imperialistischen Großmächte mit ihm eingegangen sind, sei es im „Kampf gegen den Terrorismus“ oder bei der Bewältigung der Syrien-Krise. Ihm kommt die Krise dieser Mächte zugute. Aber wegen seiner eigenen Abhängigkeiten ist auch Russland in Mitleidenschaft gezogen, die es durch die Ausweitung seiner Beziehungen zu China abzumildern versucht.

Der russische Gewaltschub auf der Krim hat sich auf den Apparat von Janukowitsch und die „russische“ extreme Rechte gestützt, um die internationalen Verhandlungen herzustellen. Es steht aber nicht fest, ob Putin über kurzfristige Pluspunkte hinaus die separatistischen Kräfte der Ukraine und die gefährliche Dynamik kontrolliert; so hat sich Aserbaidschan den Kritiken an der Annexion der Krim angeschlossen, die nicht dazu angestien ist, die Nachbarn zu beruhigen, die Moskau für eine Assoziation gewinnen möchte.

**6. Die westlichen Imperialismen**

Gorbatschow hat den Fall der Berliner Mauer im Kontext des „sowjetischen Disengagement“ akzeptiert. Priorität hatte für ihn, die Kosten für den Rüstungswettlauf zu senken und westliche Kredite zu erhalten. In den Verhandlungen mit Deutschland war er für die Auflösung der beiden Militärblöcke einsetzend; dann musste er den Eintritt des Vereinigten Deutschlands in die NATO akzeptieren. Im Gegenzug verpflichtete sich die USA dazu, keine ausländischen Truppen oder Waffen im Osten zu stationieren und die NATO nicht weiter auszubauen.

Dann aber traf der US-amerikanische Imperialismus doch die Entscheidung, die NATO 1999 auf Ungarn, Polen und die Tschechische Republik, dann 2004 auf Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, Slowenien und die Slowakei sowie 2009 auf Albanien und Kosovo auszuweiten.

Und die „pro-westlichen“ Kräfte der „Friedensbewegungen“ in Georgien (2003) und in der Ukraine (2004) forderten mit kräftiger Unterstützung der Vereinigten Staaten die Aufnahme der jeweiligen Länder in die NATO und die EU. Die EU war jedoch in Bezug auf ihre Beziehungen zu Russland gespalten. Das belegen die direkten Beziehungen, die Deutschland (und Italien) wegen ihrer Beziehungen mit Erdöl mit Moskau eingegangen.

2009 trat die polnische Führung zusammen mit Schweden für eine „Oligarchenschicht“ der EU ein. Anstelle erneuter Erweiterungen sollte es ein Abkommen über „vollständigen und umfassenden Freihandel“ mit allen an die EU grenzenden ehemaligen Ländern der UdSSR gehen, darunter die Ukraine. Russland reagierte mit dem Ziel einer Neubesinnung der kontinentalen Beziehungen angeboten wurde, wobei Russland ein dominierender Pol, aber auch ein Gegengewicht zu dem wäre, was die EU verlangt.

Als die Ukraine sich am Rand der Zahlungskrisen befand, verhandelte Janukowitsch unter Druck von Russland und des IWF bis 2013 über Abkommen mit der EU. Er verlangte Dreiparteientreffen (Ukraine, Russland und EU), die von der EU damals abgelehnt wurden. Jetzt bemühen sich – trotz der großen Reden – die westlichen imperialistischen Staaten um eine Vereinbarung mit Russland, keiner dieser Staaten – und auch nicht die Regierung in Kiew hat – hat es im Griff, die Zusammenfügung unter Kontrolle zu halten. Diese können in einen wirklichen Bürgerkrieg ausarten.

**7. Die Souveränität der Ukraine**

Die Einheit der Ukraine erfordert militärische Neutralität, den Rückzug der russischen Truppen, die Zurücknahme der antisozialen Politik.

Nur eine ukrainische und internationale Antirights- und antifascistische Front gegen die reaktionären Kräfte aller Art, die in den Bewegungen verankert sind, kann dies gegen die russischen und westlichen imperialistischen Diktate durchsetzen, unter Eintreten für soziale und nationale Rechte, gegen die Gewalttaten.

Das sind Ziele, für die die progressiven Kräfte von Russland bis zu EU gegen den IWF und die „Freihandelsabkommen“ eintreten, unter Anerkennung des Rechts des ukrainischen Volkes, über seine internationalen Beziehungen zu entscheiden.

Die nationale Frage stellt im Zentrum der politischen Aktivität der Ukraine. Die Linke Opposition hat erklärt: „Das nationale und kulturelle Wiedererleben der ukrainischen Nation und der anderen Nationen unseres Landes ist nicht möglich, ohne dass die sozialen Probleme gelöst werden.“ Eine Linke in der Ukraine, die die nationale Dimension den Nationalisten überlässt, würde sich von vornherein zum Scheitern verurteilen, denn im nationalistischen Lager gibt es bereits im Aufstieg befindliche Kräfte, die sich der Brandstiftung der sozialistischen Linken zunutze machen und in den Augen der Arbeitenden als Alternative aufstellen.

Übersetzung aus dem Französischen von: <http://www.ijoy.com/2014-05-26/poroschenko-president-ukraine-oder-hilfjuyt.com/kjgkbbq/>

Fußnoten:

1. Tadeusz A. Olszanski und Agata Wierzbowska-Miagda, Ostrodek Studów Wschodnich in. Marka Kapcia, Warschau, stellen fest, dass in den Regionen Donezk und Lugansk, wo die pro-russischen „Milizen“ alles daran gesetzt haben, um die Abstammung zu verhindern, bei den generellen Wahlen nur die Wahlberechtigten in den geöffneten Wahllokalen berücksichtigt sind, also 668 000 von 3,3 Millionen bzw. 21% 000 von 1,8 Millionen, sodass die Teilnehmer auf 14,4 % in der Region Donezk und 3,9 % in der Region Lugansk geschätzt wird, die Beteiligung in diesen beiden Regionen im Osten also unter Berücksichtigung der Gesamtzahl der Wahlberechtigten sicher nicht über 3 % bzw. 10 % gelegen hat (<http://www.oww.waw.pl/pliki/publikacje/analiza/2014-05-26/poroschenko-president-ukraine-oder-hilfjuyt.com/kjgkbbq/>).

2. Die Krim, deren Bevölkerung zu zwölf Prozenten aus Tataren besteht, die nach ihrer Deportation durch Stalin nach 1991 zurückgekehrt waren, wurde 1954 von Chruschtschow der Ukraine geschenkt. Seit 1993 hatte sie eine Sonderstellung als Autonome Republik innerhalb der unabhängigen Ukraine. Die wichtigste Stadt, Sewastopol, hatte als Marinebasis der russischen Schwarzmeerflotte aufgrund des „Friedens- und Freundschaftsvertrages“ von 1997 ein besonderes Statut. Moskau hatte erreicht, dass Viktor Janukowitsch den Forderungen Russlands zustimmte, dass Sewastopol ein Sonderstatus erhalten sollte, im Gegenzug wurde die Vereinbarung über die Energiepreise und die Schulden, die in Dezember 2013 präzisiert wurden, in Kraft treten. Putin nutzte den Sturz von Janukowitsch aus, um alle diese Vereinbarungen einseitig aufzukündigen und die Krim zu annektieren.

Bei der Abstimmung in der Duma über den Einsatz der russischen Streitkräfte in der Ukraine wurde das Argument der von einem „fascistischen Putsch“ bedrohten „russischen Minderheiten“ vorgebracht. Diese These spielt in der Propaganda eine wesentliche Rolle. Auf den Forderungen für das Referendum, das unter Präsenz des Militärs und unter Ausschuss der ukrainischen Medien stattfand, war die Ukraine mit einem Hakenkreuz markiert.

Moskau erklärte, 97 % derjenigen, die abgestimmt haben, hätten mit ja gestimmt, bei einer Beteiligung von 86 %, diese Zahl ist weit entfernt von denen, die der Rat für die Bürgerrechte und der Menschenrechte bei dem Präsidenten der Russischen Föderation genannt hat: „Nach verschiedenen Quellen haben sich auf der Krim 50 bis 60 % bei einer Beteiligung von 30 bis 50 % für den Beitritt zu Russland gemeldet.“ Es hat eine Abwanderung der Tataren von der Krim eingesetzt, es ist nicht sicher, was ihnen bevorzugen. Am 20. März hat die Republik Krim und die Stadt Sewastopol in die Russische Föderation aufgenommen werden, von der russischen Duma ratifiziert worden. (P)

Putin hat sich als erster Mann an der Spitze einer Großmacht aufgeführt, seine internen KritikerInnen weggedrückt und großbüchsischen Chauvinismus geschmeichelt, der einer Notlage für das gesamte historische „Russland“ huldigt – das Risiko, dass die Ukraine in Flammen aufgehen könnte, vor Augen. Wie schon lange von der stalinistischen Propaganda praktiziert, wird Ukrainer (oder Tataren) mit Nazi (oder Nazifreund) und Russengegner gleichgesetzt. Das Pendant in der ultranationalistischen ukrainischen Propaganda ist „russisch“ gleich „anti-ukrainisch“ oder „kollektivistisch“. Die realen politischen, sozialen und geographischen Konflikte werden überdeckt.

**4. Der „Anti-Maidan“ gegen eine unpopuläre Regierung**

Die Regionen im Osten und Südosten der Ukraine sind auf alle Fälle nicht die Krim. Die Bevölkerung hatte dort 1991 im Gegensatz zur Krim massiv für die Unabhängigkeit der Ukraine gestimmt; und die Umfragen zeigen (bis vor kurzem), dass die Mehrheit trotz des politischen Misstrauens gegenüber ihrem gegenwärtigen Präsidenten – hat sich einer Reorganisation der „Anti-Maidan“-Propaganda gefügt. Es wird behauptet, es handele sich um ein „heues Orakur“ unter dem Schutz eines „Nazi-Staats“ in Kiew. Begleitet wird diese Behauptung noch von der Beschuldigung, man lege eine „inhumane Gleichgültigkeit“ an den Tag, wenn man diese Interpretationen bestreitet.

Der „Anti-Maidan“ hat in der sehr dicht bevölkerten Region nicht zu Massenmobilisierungen geführt, die über eine tausend Protestierende hinausgegangen wären. Schwedisch sind hierzu eindeutig Tausende hinzuzählen, die bei den Referenden vom 11. Mai für die „Volksrepublik“ abstimmten. Diese Tausende sind in der Region im Osten und Südosten der Ukraine zu finden. Das politische Regime von Putin ist nicht attraktiv (selbst wenn er sich als Beschützer darstellt) und infolge der Politik, die in Russland unweit vom Donbas umgesetzt wurden, ist ein großer Teil der Staatseinfälle gestiegen worden, die in der ukrainischen Industrie nach großen Umfragen hat. Doch sorgte die von Kiew betriebene Politik für Beunruhigung, selbst wenn die Arbeitsplätze ebenso durch eine Entregulierung nach Russland gingen in die EU oder durch die Unterdrückung der IWF bewahrt wurden. Wie die Bevölkerung nicht zufrieden ist, ist also ungewiss und die Besorgnisse werden schnell instrumentalisiert.

Die selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk wurden als Missbrauten gegen Kiew aus. Sie sind aber kaum mehr als paramilitärische Apparate; darin mischen sich ehemalige Angehörige des ukrainischen Staatsapparats, Kriminelle aller Art, Militärs, die aus Tschetschenien gekommen sind, Angehörige der russischen Sicherheitsdienste und einfache Ukrainer. Es gibt in einer immer chaotischeren Situation nach Zusammenstößen, die schwer einzuschätzen sind, nichts, was für eine reale Mobilisierung der Bevölkerung förderlich wäre.

**5. Die imperiale Politik von Russland**

Seit 2008 sucht Russland sich durch Nutzung imperialistischer Widersprüche als Großmacht zu behaupten, nachdem es nach 1989 nur noch eine marginale Rolle spielen konnte.

Die Aufspaltung der UdSSR und die Restauration des Kapitalismus in Russland führten in der Jetzt-Phase der 1990er Jahre ihrer zur Ausplünderung des Reichtums, der von oligarchischen quasi-feudalen Lehen, die den Staat kontrollieren, dominiert wurde. Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ist in dieser Phase ohne Kontinuität. Der jetzige russische Staat hat – trotz seines schmutzigen Krieges in Tschetschenien – seine Stärke nach innen und nach außen verloren. Die Aufnahme von Russland in die G8 lässt sich niemandem über sein reales Gewicht hinweg.

Die Aru Putin hatte zunächst in den Jahren nach 2000 die Wiederherstellung eines starken Staates im Inneren als Ergebnis, er gewann die Kontrolle über seine Oligarchen und (nach der Zahlungskrise von 1998) über die Exporte vor allem in den Bereichen Erdgas und Erdöl wieder. Das war von einer „gentlenen Demokratie“ begleitet, bei der den Wahlen und den gebildeten Mittelschichten Grenzen gesteckt sind und Protesten im Widerspruch begegnet wird, während die alten sozialen Schutzmaßnahmen abgebaut wurden. Das Wiedereinstellen eines kräftigen Wachstums, von einer Internationalisierung der wirtschaftlichen und finanziellen Pläne der russischen Oligarchen und mehrfachen Verbuchen von Moskau begleitet, um Russland herum einen stärker als die GUS integrierten „Wirtschaftsraum“ zu schaffen.

Das russische Regime strebt vor allem seit 2011, die mit Weißrussland und Kasachstan gebildete Zollunion (der Armenien sich angeschlossen hat) in ein für 2015 anvisiertes „Eurasien“-Projekt umzuwandeln, das sich auch an Aserbaidschan und die Ukraine sowie Georgien und Moldawien richtet. Es geht darum, diesen Ländern vor allem unter Ausschluss der Gaspreise eine Alternative zu „Westpartnerschaft“ mit der EU anzubieten. Die Herausforderung für Russland besteht in der Konkurrenz zu China und dem westlichen Kapital, es geht aber auch darum, den Versuch, seine „nächsten Nachbarn“ in die euro-attilischen Institutionen (EU und NATO) einzubeziehen, etwas entgegenzusetzen.

Russland nutzt auch die Abhängigkeiten und die „Partnerschaften“, die die imperialistischen Großmächte mit ihm eingegangen sind, sei es im „Kampf gegen den Terrorismus“ oder bei der Bewältigung der Syrien-Krise. Ihm kommt die Krise dieser Mächte zugute. Aber wegen seiner eigenen Abhängigkeiten ist auch Russland in Mitleidenschaft gezogen, die es durch die Ausweitung seiner Beziehungen zu China abzumildern versucht.

Der russische Gewaltschub auf der Krim hat sich auf den Apparat von Janukowitsch und die „russische“ extreme Rechte gestützt, um die internationalen Verhandlungen herzustellen. Es steht aber nicht fest, ob Putin über kurzfristige Pluspunkte hinaus die separatistischen Kräfte der Ukraine und die gefährliche Dynamik kontrolliert; so hat sich Aserbaidschan den Kritiken an der Annexion der Krim angeschlossen, die nicht dazu angestien ist, die Nachbarn zu beruhigen, die Moskau für eine Assoziation gewinnen möchte.

**6. Die westlichen Imperialismen**

Gorbatschow hat den Fall der Berliner Mauer im Kontext des „sowjetischen Disengagement“ akzeptiert. Priorität hatte für ihn, die Kosten für den Rüstungswettlauf zu senken und westliche Kredite zu erhalten. In den Verhandlungen mit Deutschland war er für die Auflösung der beiden Militärblöcke einsetzend; dann musste er den Eintritt des Vereinigten Deutschlands in die NATO akzeptieren. Im Gegenzug verpflichtete sich die USA dazu, keine ausländischen Truppen oder Waffen im Osten zu stationieren und die NATO nicht weiter auszubauen.

Dann aber traf der US-amerikanische Imperialismus doch die Entscheidung, die NATO 1999 auf Ungarn, Polen und die Tschechische Republik, dann 2004 auf Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, Slowenien und die Slowakei sowie 2009 auf Albanien und Kosovo auszuweiten.

Und die „pro-westlichen“ Kräfte der „Friedensbewegungen“ in Georgien (2003) und in der Ukraine (2004) forderten mit kräftiger Unterstützung der Vereinigten Staaten die Aufnahme der jeweiligen Länder in die NATO und die EU. Die EU war jedoch in Bezug auf ihre Beziehungen zu Russland gespalten. Das belegen die direkten Beziehungen, die Deutschland (und Italien) wegen ihrer Beziehungen mit Erdöl mit Moskau eingegangen.

2009 trat die polnische Führung zusammen mit Schweden für eine „Oligarchenschicht“ der EU ein. Anstelle erneuter Erweiterungen sollte es ein Abkommen über „vollständigen und umfassenden Freihandel“ mit allen an die EU grenzenden ehemaligen Ländern der UdSSR gehen, darunter die Ukraine. Russland reagierte mit dem Ziel einer Neubesinnung der kontinentalen Beziehungen angeboten wurde, wobei Russland ein dominierender Pol, aber auch ein Gegengewicht zu dem wäre, was die EU verlangt.

Als die Ukraine sich am Rand der Zahlungskrisen befand, verhandelte Janukowitsch unter Druck von Russland und des IWF bis 2013 über Abkommen mit der EU. Er verlangte Dreiparteientreffen (Ukraine, Russland und EU), die von der EU damals abgelehnt wurden. Jetzt bemühen sich – trotz der großen Reden – die westlichen imperialistischen Staaten um eine Vereinbarung mit Russland, keiner dieser Staaten – und auch nicht die Regierung in Kiew hat – hat es im Griff, die Zusammenfügung unter Kontrolle zu halten. Diese können in einen wirklichen Bürgerkrieg ausarten.

**7. Die Souveränität der Ukraine**

Die Einheit der Ukraine erfordert militärische Neutralität, den Rückzug der russischen Truppen, die Zurücknahme der antisozialen Politik.

Nur eine ukrainische und internationale Antirights- und antifascistische Front gegen die reaktionären Kräfte aller Art, die in den Bewegungen verankert sind, kann dies gegen die russischen und westlichen imperialistischen Diktate durchsetzen, unter Eintreten für soziale und nationale Rechte, gegen die Gewalttaten.

Das sind Ziele, für die die progressiven Kräfte von Russland bis zu EU gegen den IWF und die „Freihandelsabkommen“ eintreten, unter Anerkennung des Rechts des ukrainischen Volkes, über seine internationalen Beziehungen zu entscheiden.

Die nationale Frage stellt im Zentrum der politischen Aktivität der Ukraine. Die Linke Opposition hat erklärt: „Das nationale und kulturelle Wiedererleben der ukrainischen Nation und der anderen Nationen unseres Landes ist nicht möglich, ohne dass die sozialen Probleme gelöst werden.“ Eine Linke in der Ukraine, die die nationale Dimension den Nationalisten überlässt, würde sich von vornherein zum Scheitern verurteilen, denn im nationalistischen Lager gibt es bereits im Aufstieg befindliche Kräfte, die sich der Brandstiftung der sozialistischen Linken zunutze machen und in den Augen der Arbeitenden als Alternative aufstellen.

Übersetzung aus dem Französischen von: <http://www.ijoy.com/2014-05-26/poroschenko-president-ukraine-oder-hilfjuyt.com/kjgkbbq/>

Fußnoten:

1. Tadeusz A. Olszanski und Agata Wierzbowska-Miagda, Ostrodek Studów Wschodnich in. Marka Kapcia, Warschau, stellen fest, dass in den Regionen Donezk und Lugansk, wo die pro-russischen „Milizen“ alles daran gesetzt haben, um die Abstammung zu verhindern, bei den generellen Wahlen nur die Wahlberechtigten in den geöffneten Wahllokalen berücksichtigt sind, also 668 000 von 3,3 Millionen bzw. 21% 000 von 1,8 Millionen, sodass die Teilnehmer auf 14,4 % in der Region Donezk und 3,9 % in der Region Lugansk geschätzt wird, die Beteiligung in diesen beiden Regionen im Osten also unter Berücksichtigung der Gesamtzahl